

VERBUNDEN ODER GETRENNT? DAS WECHSELHAFTE ÖSTERREICHISCH-SLOWAKISCHE VERHÄLTNIS IM 20. JAHRHUNDERT¹

DAVID SCHRIFFL

Dieser Sammelband widmet sich den tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Formal ist es – zumindest zwischen Ende 1918 und der Auflösung der CSFR mit 1. Jänner 1993 – diese Beziehungen als solche zwischen zwei wesentlichen Polen, zwischen Wien und Prag zu schreiben. Wie der Titel dieses Beitrages bereits andeutet wäre das aber wesentlich zu kurz gegriffen. Die Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei im 20. Jahrhundert sind nicht nur jene zu einem Teil der Tschechoslowakei der manchmal mehr, manchmal weniger politische Eigenständigkeit genoss. Diese Beziehungen haben ihre eigene Qualität und Geschichte und diese Spezifika erklären sich aus verschiedenen Quellen: Dazu gehört die unterschiedliche Geschichte des westlichen Landesteils vor 1918 ebenso wie die sich auch daraus ergebenden unterschiedlichen Konflikt- und Berührungspunkte während des ganzen 20. Jahrhunderts. Diese Unterschiede sind während des Bestandes der tschechoslowakischen Republik nie ganz verschwunden, auch wenn sie über die Jahrzehnte höchst unterschiedliche Wirkmächtigkeit erreichten. Die Tschechoslowakei ist einer jener Fälle, in denen ältere historische Zusammenhänge von den Zeitgenossen bereits als überwunden und für das weitere politische Schicksal als irrelevant empfunden wurden. Die Geschichte hat das Gegenteil bewiesen.

Ihren Ursprung haben diese Unterschiede in der historischen Einbettung der beiden späteren tschechoslowakischen Landesteile in unterschiedlichen staatsrechtlichen Zusammenhängen. Während die Länder der böhmischen Krone staatsrechtlich als Entität verankert und auch politisch wirkmächtig geworden waren, entstand weiter östlich kein dauerhafter staatsrechtlicher Traditionskern, der als „slowakisch“ im weitesten Sinn empfunden werden konnte,

1 Dieser Artikel beruht im Wesentlichen auf den Monographien *Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968*. Wien 2012 und *Die Rolle Wiens im Prozess der Staatswerdung der Slowakei 1938/39*. Frankfurt am Main 2004.

sieht man vom frühmittelalterlichen Großmährischen Reich ab. Mit dem Ausgleich des Jahres 1867 fanden sich die Länder der böhmischen Krone in Cisleithanien und die spätere Slowakei im Königreich Ungarn wieder. Spätestens jetzt, aber auch bereits davor waren die politischen Zeitläufte für die Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens mehr mit Wien in Verbindung gestanden, jene „Oberungarns“ – die spätere Slowakei stellte kein gemeinsames Verwaltungsgebiet dar – setzten sich vor allem mit Budapest auseinander. Dies galt ebenso politisch wie wirtschaftlich und in Fragen der Binnenmigration. Dies wurde zwar etwas durch die starke Präsenz von Slowaken in Wien und dem Weinviertel (dort auch in Form von durchgängigen Siedlungen) durchbrochen, die Tatsache, dass dies aber von österreichischer Seite viel weniger wahrgenommen wurde als die „Ziegelbehm“² in Wien spricht für die hier aufgestellte These. Es ist bezeichnend, wenn in einem österreichischen Dokument der ersten Jahre nach dem 2. Weltkrieg in Bezug auf die Slowaken entlang der Marchgrenze von „Tschechen“ die Rede ist und erst ein zweiter Beamter handschriftlich die Korrektur „Sind Slowaken!“ anfügen muss.

Seit der Dezemberversfassung 1867, die nur im cisleithanischen „österreichischen“ Reichsteil, offiziell „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ in Geltung stand, war hier verstärkt ein differenziertes parlamentarisches Leben entstanden, politische Parteien entwickelten sich entlang der Wahlrechtsreformen, die im allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger 1907 gipfelten, zu modernen Massenparteien. Diese spielten eine wichtige Rolle bei der Transmission nationaler Ideen von kleinen elitären Zirkeln auf die breite Bevölkerung. Die ungarische politische Entwicklung war weniger „fortschrittlich“. Weder wurde ein vergleichbares Wahlrecht zugestanden, noch entstanden nationale Massenparteien der sprachlichen Minderheiten. Die beschriebenen Transmissionsprozesse fanden daher im Gebiet der späteren Slowakei weniger durchschlagend statt. Mit dem böhmischen Landtag und den Abgeordneten zum Reichsrat aus den Ländern der böhmischen Krone existierten Artikulationsräume „nationaler“ (diese waren höchst unterschiedlicher Natur und keineswegs nur auf das tschechische nationale Programm ausgerichtet) Interessen, die mit der Zentrale in Wien in Konflikt gerieten – Stichwort Obstruktion im Reichsrat.

Bis zum 1. Weltkrieg und auch noch während eines Großteils des Krieges war die grundsätzliche Loyalität der überwiegenden Mehrheit der tschechisch- und

2 Damit sind jene zahlreichen Arbeiter aus Böhmen und Mähren gemeint, die in der Boomphase der Reichs-, Haupt- und Residenzstadt Wien, der sogenannten „Gründerzeit“ die Palais der Ringstraße und die Zinshäuser der Vorstadt errichteten. Auch hier waren natürlich viele Slowaken beteiligt, die aber kaum als distinkt wahrgenommen wurden.

slowakischsprachigen Bevölkerung der Monarchie gegenüber kaum zu bezweifeln. Weder das Misstrauen hoher Offiziere gegenüber tschechischen Einheiten, noch heute als Schimäre erkannte angebliche Massendesertionen von tschechischsprachigen Soldaten konnten daran etwas ändern. Josef Tiso, der spätere Präsident der selbständigen Slowakei zwischen 1939 und 1945, sei hier als prominentes Beispiel herangezogen, der während des Krieges noch Treueschwüre der Slowaken zur Dynastie dichtete. Zahlenmäßig und vor allem nach 1918 militärisch ins Gewicht fällt die tschechoslowakische Legion, die vielfach aus zuvor in russische Kriegsgefangenschaft geratenen k. u. k.-Soldaten bestand. Ihr politisches Gewicht lag nach dem Krieg in dem „Nachweis“, „die Tschechen“ hätten sich auch militärisch gegen Wien erhoben³ und der Möglichkeit für die Entente, diese Truppenteile, die in Russland standen, während des russischen Bürgerkrieges gegen die Rote Armee einsetzen zu können. Dies und das Vorhandensein einer tschechoslowakischen Exilregierung vermochte aber wiederum nichts an dem Umstand zu ändern, dass die Slowakei 1918/19 gewaltsam in den tschechoslowakischen Staatsverband eingegliedert werden musste. Die tschechoslowakische Legion bestand nicht zufällig aus einem weit geringeren Anteil an Slowaken. Ein Großteil der Bevölkerung in der heutigen Slowakei hing zu diesem Zeitpunkt entweder einem ungarischen Staatspatriotismus an oder war politisch indifferent. Die ehemalige Binnengrenze zwischen Österreich und Ungarn entlang der March wurde nun zur internationalen österreichisch-tschechoslowakischen Grenze. Der Binnenmarkt der Monarchie wurde zerschlagen, was dramatische Folgen hatte. Im Vergleich mit späteren Jahrzehnten blieb die neue Grenze jedoch noch sehr durchlässig für Menschen und Waren.

In der Zwischenkriegszeit existierte eine österreichische politische Vertretung in Bratislava, die gegenseitigen Beeinflussungen zu dieser Zeit harren aber noch einer wissenschaftlichen Aufarbeitung, die – denkt man an selbige aus der Nachkriegszeit – wohl lohnend sein wird.

Die Durchsetzung des Konzepts einer «tschechoslowakischen Nation» stieß wiederum auch bei so manchem national denkenden Slowaken auf Kritik und im gemeinsamen Staat kam im Ostteil (von der Karpatho-Ukraine noch gar nicht zu sprechen) bald ein Gefühl der Unterlegenheit auf. Man wollte doch gleichberechtigt sein, fühlte sich aber bald politisch und kulturell an den Rand gedrängt. Die besseren Möglichkeiten zu höherer Bildung in tschechischer Sprache in Cisleithanien im Verein mit der stärkeren politischen Partizipation führten zu einem Ungleichge-

3 Dies wird bis heute als „1. Widerstand“ bezeichnet, eine Reihe, die vom Widerstand gegen Hitlerdeutschland als Nummer 2 und gegen die kommunistische Herrschaft als Nummer 3 fortgesetzt wird. Die Gleichsetzung dieser drei Phänomene ist zwar durchaus als absurd zu bezeichnen, scheint aber dennoch kaum umstritten.

wicht im Faktischen wie in der Wahrnehmung. Im selben Ausmaß wie tschechische Lehrer und Professoren in die Slowakei gesandt wurden, um das neue Geschichts- und Nationsbild zum allgemein anerkannten zu machen, in dem die Slowaken bestenfalls die «Brudernation», schlechtesten Fall der ungebildete kleine Bruder waren, wuchs eine Gegenbewegung. Die entstehenden autonomistischen bis separatistischen Tendenzen fanden nach dem alten Schema, wonach der Feind meines Feindes mein Freund ist, Unterstützung in Deutschland, das an einer Schwächung der Tschechoslowakei interessiert war. Mit dem Anschluss Österreichs im März 1938 grenzte nun auch die Slowakei an das nationalsozialistische Deutschland. Dieses nahm nun durch seine Vertreter in Wien verstärkt Einfluss auf die Wendungen der (tschecho-) slowakischen Innenpolitik. Bereits im April 1938 versuchten slowakische Politiker eine Fühlungnahme mit dem Wiener Reichsstatthalter Seyß-Inquart aufzunehmen. Was zunächst erfolglos blieb wurde bald zu einem regelrechten Wettrennen verschiedener Wiener Stellen um größtmöglichen Einfluss auf die slowakischen autonomistischen Politiker der Slowakischen Volkspartei. Mit dem Münchener Abkommen wurde der gemeinsame Staat bereits im September/Oktober 1938 entscheidend geschwächt. Gebietsabtretungen im Westen hatten dabei ihr politisches Pendant in einer Autonomie der Slowakei, die sich bereits völlig unter der Dominanz der Slowakischen Volkspartei gestaltete. Ihre Aufträge und Befehle erhielten die maßgeblichen Figuren dabei von Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart, Vertretern des „Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ und späteren Gauleiters in Wien Josef Bürckel oder SD-Leuten um Ernst Kaltenbrunner. Diese Stellen arbeiteten parallel, meist unkoordiniert, manchmal auch in offener Konkurrenz zueinander in Richtung Slowakei. Jeder wollte die politische Bindung der Slowakei an Berlin auf seine Fahnen heften. Die „österreichisch“-slowakischen Beziehungen waren zu diesem Zeitpunkt besonders eng und von einem großen Ungleichgewicht gekennzeichnet. Selbstverständlich muss man sich hier bewusstmachen, dass Österreich als solches zu diesem Zeitpunkt nicht existierte. Es gibt aber gute Gründe, diese Phase unter die Überschrift „österreichisch-slowakische Beziehungen“ zu subsumieren: Die handelnden Akteure befanden sich fast ausschließlich in Wien und nicht in Berlin. Darüber hinaus existierte keine ausformulierte Berliner Politik der Slowakei gegenüber. Zwar hatte Berlin das letzte Wort, die Vorgangsweise wurde aber in Wien in Eigenregie erdacht und umgesetzt. Deutlich wird dies in den Akten des Auswärtigen Amtes, in denen Hitler mehrfach davon spricht, er wäre über die Lage in der Slowakei im Unklaren gewesen bis er nun aus erster Hand (Berichte aus Wien) informiert worden wäre. Zwar ist diese Haltung auch als Teil einer Strategie zu sehen, die Slowakei so lange wie möglich als Druck- und Lockmittel zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn zu erhalten. Trotzdem blieb das Operative bis über die slowakische Unabhängigkeitserklärung hinaus in Wiener Hand.

Die Art der Einflussnahme war dabei vielgestaltig. Wie bereits erwähnt sahen die Vertreter der slowakischen Volkspartei Deutschland als Schutzmacht und holten von sich aus immer wieder Entscheidungen über die Vorgangsweise in Wien ein. Ihr katholischer Hintergrund erleichterte dabei die Kommunikation mit Seyß-Inquart, der von Konkurrenten innerhalb der NS-Hierarchie gerne als zu katholisch und „k. u. k. Nationalsozialist“ bezeichnet wurde. Auf diese Weise war er sowohl für den „gemäßigten, klerikalen“ Flügel um Jozef Tiso, als auch für die „Radikalen“ um Vojtech Tuka ein geeigneter Ansprechpartner. Bürckel sah eine Einflussnahme Richtung Osten als Profilierungschance. Diese schien durch die Regelung, dass Gauleiter bis zu einem gewissen Grad auch für das benachbarte Ausland zuständig sein konnten auch eine formale Grundlage zu haben. Seine Aktivitäten führten zu offener Feindschaft mit Seyß-Inquart. Bürckel fehlten aber als Deutschem aus dem Saarland die persönlichen Kontakte vor Ort. Der Sicherheitsdienst der SS unter Ernst Kaltenbrunner versuchte mit geheimdienstlichen Methoden die Akteure in der Slowakei unter Kontrolle zu bringen und zu halten. Neben dem slowakischen politischen Establishment, das seit der Autonomie im Herbst 1938 de facto nur mehr aus der Slowakischen Volkspartei bestand gab es noch ein wesentliches Einfallstor für den Einfluss aus dem Reich – die deutsche Minderheit und ihre Einheitspartei, die Deutsche Partei unter ihrem „Volksgruppenführer“ Franz Karmasin. Unter deutschem Einfluss hatte die DP eine Sonderstellung im politischen Gefüge der Slowakei erhalten. Da sie allerdings wenig überraschend wesentliche Direktiven aus Deutschland erhielt, konnte über sie die slowakische Innenpolitik ebenfalls leicht beeinflusst werden.

Die Medien wurden genauso zur verstärkten Einflussnahme benutzt. Seyß-Inquart kaufte mit eigenen Finanzmitteln den „Grenzboten“ und baute ihn – soweit er das nicht schon war – zur nationalsozialistischen Propagandapostille um. In recht moderner Manier wurde darüber hinaus auch das vergleichsweise neue Medium Radio zur Einflussnahme genutzt. In Verantwortung Seyß-Inquarts wurden regelmäßige Sendungen des „Reichssenders Wien“ auf Slowakisch ausgestrahlt. Dieser Sender am Bisamberg bei Wien wurde erst 1935 fertiggestellt und war mit seiner starken Sendeleistung in der Lage slowakische und tschechische Sender zu überragen. Die Sendungen waren so prominent platziert (gleich nach den Mittagsnachrichten), dass es sogar Beschwerden aus Wien dagegen gab, mit slowakischen Sendungen „belästigt“ zu werden.

Das Image des nationalsozialistischen Deutschland nahm jedoch zwischenzeitlich auch Schaden. Als Reaktion auf den „1. Wiener Schiedsspruch“ vom 2. November 1938, der im Wiener Schloss Belvedere „verhandelt“ worden war, kam es sogar zu antideutschen Ausschreitungen in der Slowakei. Deutschland und Italien dekretierten dabei die Abtretung von Gebieten in der Südslowakei und der Karpatho-Ukraine an Ungarn. „Österreich“ oder vielmehr die Wiener Stellen

unter Seyß-Inquart konnten ihren slowakischen Freunden dagegen nicht sehr viel helfen. Er setzte sich aber für die slowakischen Interessen ein und erreichte doch einige kleine Korrekturen, die wenigstens seinen Nimbus nicht völlig verschwinden ließen.

Die informelle Einflussnahme aus Wien steigerte sich in Richtung März 1939 zu einer immer offeneren Einmischung in die Innenpolitik des Nachbarlandes. Als es rund um den 10. März 1939 Karol Sidor gelang, ein kurzlebiges Kabinett gegen die deutschen Wünsche zu etablieren, das offiziell auch das Vertrauen der Prager Zentralregierung hatte, entspann sich zwischen Wien und Bratislava ein regelrechter Propagandakrieg, der über Radiosendungen ausgetragen wurde. Der Reichssender Wien gab den slowakischen Sezessionisten eine Stimme, die bis in die Slowakei reichte und völlig unter der Kontrolle Seyß-Inquarts stand. Sidor wurde dabei als Verräter an der slowakischen Sache gebrandmarkt, da er mit Prag kooperierte. Es gab in diesen turbulenten Tagen Überlegungen, dass Ferdinand Ďurčanský – der spätere Außenminister der Slowakei – von Wien aus über das Radio die Unabhängigkeit der Slowakei ausrufen solle. Es ist beredtes bildliches Zeugnis der Einflussnahme Wiens, dass in den Tagen um den 13. März 1939 Seyß-Inquart und Bürckel mit Vertretern des Sicherheitsdienstes im Aucafé in Engerau (heute als Petržalka Teil Bratislavas) am Südufer der Donau mit Blick auf die slowakischen Regierungsgebäude über die unmittelbaren nächsten Schritte berieten. Man hatte versucht möglichst viel Unruhe in der slowakischen Hauptstadt zu schüren, um der Regierung in Prag unterstellen zu können die Sicherheit nicht aufrechterhalten zu können. Dafür wurden Attentäter mit Bomben über die Grenze geschickt. Als all das nichts half, schlug Bürckel ebendort sogar vor, die slowakische Hauptstadt einfach mit SA-Leuten zu stürmen, ein Vorhaben, das in letzter Minute von Berlin aus gestoppt wurde. Als der Druck zu hoch wurde flog Tiso schließlich von Wien aus nach Berlin zu den letzten Verhandlungen mit Hitler.

Als die Slowakische Republik schließlich am 14. März 1939 vom Landtag proklamiert worden war trat bald Ernüchterung bei den Vertretern der SVP ein. Nicht nur wurden von der Slowakei kleine, aber symbolisch bedeutsame Gebietsabtretungen an das Deutsche Reich verlangt wie etwa Theben/Devín. Darüber hinaus blieb der erhoffte Schutz Berlins gegen ungarische Ansprüche auf slowakisches Territorium fast völlig aus. Die Slowakei musste sich jedoch als „Gegenleistung“ für die de facto nicht vorhandene Garantie ihrer Grenzen durch Berlin zur Ausrichtung ihrer Außenpolitik auf Berlin verpflichten. Damit nicht genug richtete das Deutsche Reich eine Art Besatzungszone in einem Streifen an der Grenze bis zum Waagtal ein, doch nicht einmal an diese Grenze hielten sich die deutschen Truppen zu jeder Zeit. Verhandelt wurde das zugehörige „Schutzzonenstatut“ im Wiener Hotel Imperial. Mit der Unabhängigkeit der Slowakei nahm die Einflussnahme auf informellem Weg über Wien ab und die offizielle über das Berliner Außenamt und

den deutschen Gesandten und die sogenannten „Berater“ in den slowakischen Ministerien zu. Ein letzter greifbarer wesentlicher Beitrag Wiens zur politischen Entwicklung der Slowakei zu diesem Zeitpunkt war ein Verfassungsentwurf für den neuen Staat, der im Stab des Reichsstatthalters Seyß-Inquart ausgearbeitet worden war. Die schließlich in Kraft getretene Verfassung galt Berlin als zu klerikal, der Entwurf aus Wien hätte wohl ähnliche Kritik hervorgerufen.

Das Image des nationalsozialistischen Deutschland nahm zunehmend Schaden, da viele Hoffnungen enttäuscht worden waren. In einer kurzen militärischen Auseinandersetzung mit Ungarn einige Tage nach der Unabhängigkeitserklärung blieb bereits die deutsche Garantie für das slowakische Staatsgebiet aus. Dies wurde aber eben schon nicht mehr in Wien, sondern in Berlin entschieden, das Ungarn als Verbündeten als wichtiger erachtete als die Slowakei.

Im 2. Weltkrieg kämpften sowohl Ungarn als auch die Slowakei auf deutscher Seite, die Slowakei marschierte bei Kriegsbeginn mit den Deutschen in Polen ein. Mit der Niederlage Deutschlands war auch das Ende des slowakischen Regimes besiegelt. Zu Ostern 1945 verließ die politische Elite das Land und suchte Zuflucht im oberösterreichischen Kremsmünster in der US-amerikanischen Besatzungszone. Dies war eine erste politische Flüchtlingswelle aus der Slowakei nach Österreich, weitere sollten folgen (1947 und 1968). Doch nicht nur Politiker mussten das Land verlassen.

Schon vor Kriegsende und vor dem Heranrollen der Front wurde die Evakuierung der deutschen Minderheit aus der Slowakei – etwa 150.000 Menschen – durch die NS-Behörden angeordnet. Ein Faktor, der sowohl ein verbindendes Element zwischen Österreich und der Slowakei als auch ein Mittel zur Beeinflussung der slowakischen Innenpolitik gewesen war, verschwand damit fast völlig. Viele zogen weiter nach Westdeutschland, einige blieben und gründeten Vereinigungen wie den „Hilfsverein der Österreicher aus Preßburg“ oder die spätere Karpathendeutsche Landsmannschaft. Diese Vertriebenenorganisationen wurden aber in Österreich politisch weniger wirkmächtig als ihre Pendanten in der BRD. In diesen Umständen liegt ebenfalls ein Grund, warum – ein kleiner Vorgriff auf das Kommende – die Beziehungen Österreichs nach 1945 zur Slowakei besser waren und blieben als jene zu Tschechien. Der Großteil der Minderheit in der Slowakei wurde bereits von den Deutschen evakuiert, der Rest zwar ebenfalls vertrieben aber in viel kleinerer Zahl. In Böhmen und Mähren wurde fast die gesamte Minderheit zunächst von revolutionären Gruppen und Partisanen und dann von den Behörden vertrieben oder außer Landes gebracht.

Die Vertreibung der verbliebenen deutschsprachigen Bevölkerung aus der Slowakei stellte nichtsdestotrotz eine schlimme Belastung der Beziehungen dar. Ein Grundproblem dabei war die Unterscheidung zwischen Deutschen und österreichischen Staatsbürgern. Die neue österreichische Regierung versuchte ihre

Staatsbürger von den Maßnahmen gegen „Deutsche“ ausnehmen zu lassen. Sie erntete zwar wohlwollende Worte, die Taten folgten aber dem tschechoslowakischen Globalprogramm der Entfernung der gesamten deutschen Minderheit, mit der man nach den Ereignissen des Krieges nicht mehr zusammenleben könne. Es ist interessant zu sehen, dass dabei die slowakische Politik in Form des Slowakischen Nationalrates (dem Landesparlament) und dem Beauftragtenkollegium (eine Art Landesregierung) sogar – geheimgehaltene – strengere Regelungen zum Abschub auch von Österreichern aufstellte als Prag es tat. Dies ist umso überraschender als Befund, als die zwischenmenschliche Ebene zwischen österreichischen und slowakischen Vertretern auch in Krisenzeiten immer eine positive war und entsprechende Zusagen gemacht worden waren. Die unerwünschten Personen wurden vielfach in Lagern konzentriert – so etwa im seit 1945 wieder zur wiedererrichteten Tschechoslowakei gehörenden Engerau/Petržalka – und dann einfach über die grüne Grenze geschickt. Dort waren die österreichischen Behörden noch nicht in der Lage die Grenzen effektiv zu kontrollieren, im Gegenteil, österreichische Sicherheitswachbeamten wurden in der ersten Nachkriegszeit regelmäßig zum Opfer der sowjetischen Besatzungstruppen. Aber wiederum – dasselbe Problem war an der österreichisch-tschechischen Grenze in Art und Umfang wesentlich dramatischer, weswegen es hier weniger negative Spuren hinterlassen haben dürfte.

Das Kriegsende brachte auch eine zunehmende Verringerung des grenzüberschreitenden Austausches mit sich. Zunächst fand dies unter den Auspizien einer national gedeuteten Konfliktsituation statt: Man grenzte sich im wahrsten Sinne des Wortes von „den Deutschen“ ab. Vereinfachungen auf beiden Seiten waren in dieser Zeit Normalität. Während österreichische Akten von den „tschechischen Grenzorganen“ sprechen (andere Beispiele wurden bereits eingangs gebracht), waren für Tschechen und Slowaken alle die deutsch sprachen Deutsche, egal ob aus Asch oder Mikulov, egal ob aus Poprad oder Devín. Allerdings muss man hier wohl anmerken, dass die Österreicher in den Jahren zuvor alles getan hatten um diese Gleichsetzung so gut wie unwidersprochen werden zu lassen.

Die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei als Demokratie war allerdings nur von sehr vorübergehendem Erfolg gekrönt. Die Kommunisten erstarkten zusehends aus verschiedenen Gründen. Aber auch hier gab es regionale Unterschiede. Während die KP in den Wahlen des Jahres 1946 in Böhmen und Mähren klar stärkste Partei geworden war, war die Lage in der Slowakei eine andere. Hier hatte die Demokratischen Partei die Wahlen des Jahres 1946 klar gegen die Kommunisten gewonnen, wurde aber durch diese mit Hilfe Prags immer mehr unter Druck gesetzt. Im Herbst 1947 flohen schließlich nach der putschartigen Übernahme des Beauftragtenkollegiums durch Kommunisten und ihre Sympathisanten – ein Fanal für die Ereignisse, die in Prag im Februar 1948 stattfinden

sollten – zahlreiche Funktionäre und Anhänger der Demokratischen Partei wiederum nach Österreich.⁴

Mit dem Erstarken und der schließlichen Machtübernahme durch die Kommunisten im ganzen Land mit Februar 1948 wurde die Grenze dann nach sowjetischem Vorbild planmäßig „dichtgemacht“. Das mit 1948 einsetzende Grenzregime bedeutete auch einen graduellen Schwenk in der propagandistischen Ausrichtung: War zunächst noch der nationale Konflikt im Vordergrund gestanden, wurde immer mehr der ideologisch-klassenkämpferische Aspekt in den Vordergrund gerückt. Allerdings zeigte sich auch hier ein Unterschied zwischen der Grenze zur Slowakei und jener zu Böhmen und Mähren.

Bereits 1948 war begonnen worden, die Grenze nach sowjetischem Muster zu befestigen. Offiziell um das Einsickern von Spionen – im konkreten Fall hieß das dann „Sudetendeutschen“ – zu verhindern, in Wirklichkeit, um die eigene Bevölkerung bzw. jene des Ostblocks zu kontrollieren. Stacheldrahtverhaue wurden errichtet, später Minenfelder angelegt und Grenzübergänge geschlossen. Ein interessanter Aspekt ist hier der Umgang mit sogenannten „Überlandgrundstücken“, also Parzellen, die einem Bauern von jenseits der Grenze gehörten. Dieser Nebenwegsverkehr – d. h. die Möglichkeit für Bauern, ihre auf der anderen Seite der Grenze gelegenen Felder zu bewirtschaften – wurde immer schwieriger. Doch hier tritt eine Besonderheit im österreichisch-slowakischen Verhältnis zutage, die sich auch auf andere Bereiche des Grenzregimes erstreckte: Während der Nebenwegsverkehr an der Grenze zu Böhmen und Mähren vollständig unterbunden wurde, österreichische Felder dort beschlagnahmt wurden und es sogar zum Schusswaffengebrauch gegen österreichische Bauern kam, gestaltete sich der Austausch an der slowakischen Grenze harmonischer. Alte Grenzabkommen wurden lokal durch die Nationalausschüsse und die Bezirkshauptmannschaften erneuert und erweitert, sodass die österreichischen Bauern ungehindert in der Slowakei ackern und ernten konnten (die Slowaken umgekehrt natürlich auch, was aber weniger Flächen betraf). Diese Kooperation ist bis 1951 nachweisbar und fand statt, ohne dass die Prager Behörden davon Kenntnis hatten.

Die Jahre der Abschnürung brachten auch eine Zerstörung des regionalen Arbeitsmarktes mit sich. Nicht nur blieben die slowakischen Gemüsehändler nun dem Wiener Markt fern, auch slowakische Rübenarbeiter und Erntehelfer blieben aus. Diese wurden nun in der Slowakei selbst als Arbeitskräfte benötigt, da durch die Vertreibung der Deutschen und in geringerem Umfang der Ungarn ein Arbeitskräftemangel entstanden war. Das Problem war in Österreich in den ers-

4 Knapp 10 Jahre zuvor waren die Rollen noch umgekehrt, man schmuggelte z. B. aus Bratislava die dort gedruckte Burgenländische Freiheit in den heimatlichen Untergrund. derstandard.at/2000075794824/Anschluss-in-MattersburgAls-die-Stadt-sich-ihr-Schtetl-amputierte

ten beiden Nachkriegsjahren so gravierend, dass sich damit sogar der Ministerrat beschäftigte. Zum ersten Mal in Jahrhunderten wurde die österreichisch-slowakische Grenze nicht aufgrund des Flusses, sondern aufgrund von politischen Maßnahmen zu einem echten Hindernis für Menschen und Güter.

Der Stalinismus der ersten Jahre der Fünfzigerjahre brachte eine immer weitere Isolierung des Landes vom Westen. So wurden bis 1951 alle westlichen Generalkonsulate bis auf eine Ausnahme geschlossen. Das österreichische Generalkonsulat, das nach dem Krieg eingerichtet worden war, um die Situation der Österreicher in der Slowakei zu verbessern und um slowakischen Wünschen nach formaler Aufwertung zu genügen, konnte eingeschränkt weiterarbeiten. Dabei wurde die Informationsbeschaffung über die Zustände hinter dem „Eisernen Vorhang“ immer wichtiger. Mitarbeiter des österreichischen Generalkonsulates führten eine geheime Umfrage über die Stimmung unter den Slowaken durch, die wenig überraschend eine überwältigende Ablehnung des kommunistischen Regimes und den Wunsch nach Eigenstaatlichkeit ergab. Es ist bemerkenswert und zugleich bezeichnend für den besonderen Status Österreichs im Verhältnis zur Slowakei, dass zwar Mitarbeiter des Generalkonsulates im Umfeld von Schauprozessen gegen Kirchenfunktionäre wegen Spionage verurteilt wurden, die österreichische Vertretungsbehörde aber trotzdem nicht geschlossen werden musste.

Erste Entspannungstendenzen zeigten sich nach dem Tod Stalins und besonders ab 1956. Der politische, kulturelle und persönliche Austausch nahm wieder zu, die Zahlen der Reisen ins jeweilige Nachbarland stiegen an. Waren dabei in den 1950ern noch persönliche Gründe wie ein Verwandtenbesuch auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges vorrangig, begannen zunehmend auch touristische Motive eine Rolle zu spielen. 1963 wurde zur Förderung des Tourismus in der Tschechoslowakei ein Testbetrieb für erleichterte Visavergabe für Touristen eingeführt. Man wählte dafür die beiden benachbarten Hauptstädte Wien und Bratislava aus. Zigtausende strömten nun in beide Richtungen ins jeweilige Nachbarland, sodass das Zentralkomitee der KP der Slowakei sich nun weniger mit dem Grenzzaun als mit touristischer Infrastruktur beschäftigte. Das Personal sollte vermehrt Deutsch lernen und die Idee einer regelmäßigen Tragflügelbootverbindung auf der Donau zwischen Wien und Bratislava geht auf die KP der Slowakei zurück und ist noch immer operativ. Auch der Eiserne Vorhang bekam erste Löcher. Nachdem letzte Lücken an der grünen Grenze zwischen Österreich und der Slowakei erst 1951 geschlossen worden waren begann bereits 1956 ein teilweiser Abbau. Zwischen 1948 und 1968 war er hier also nur fünf Jahre vollständig. Hierzu ist wiederum zu bemerken, dass in den späten 1950ern und frühen 1960ern die Grenzhindernisse an der böhmisch-mährischen Grenze sehr genau in Stand gehalten wurden und die Grenzbevölkerung an der Aufspürung von „Grenzverletzern“ aktiv beteiligt war, während an der slowakischen Grenze die Hindernisse

teils kaum gewartet wurden und Sondergenehmigungen zum Betreten der Sperrzone hauptsächlich zum Fischen in der March vergeben wurden. Nichtsdestotrotz kam es immer wieder zu Flüchtlingstragödien. Auch in den 1960ern wurden – während Slowaken und Österreicher die Grenze relativ leicht passieren konnten, Flüchtlinge aus anderen Ländern des Ostblocks zu Opfern des Grenzregimes. In einem Fall im Jahr 1966, der bilateral hohe Wellen schlug und zu einer kurzen „Eiszeit“ in den Beziehungen führte, wurden Flüchtlinge sogar von einem Wachturm aus erschossen, der – wie sich herausstellte – auf österreichischem Boden errichtet worden war. Insgesamt waren die 1960er aber eine Zeit der Entspannung mit intensiviertem grenzüberschreitendem Austausch.

Im Bereich der elektronischen Medien war der Vorhang bereits früher lüchrig geworden. Die Sendungen des ORF via Radio und ab Mitte der 1950er auch via Fernsehen wurden zunehmend zu einem wichtigen Informationsmedium der (tschecho-)slowakischen Bevölkerung, was von den Behörden in Bratislava genau verfolgt wurde. Fernseher wurden durch „fušeri“ – also Pfuscher – auf den ORF eingestellt. Nach eingehender Beurteilung der Lage beschlossen die Behörden aber, dass es bei zehntausenden Apparaten unmöglich wäre dies zu kontrollieren.

Dieser intensivierte Austausch nahm 1968 jedoch ein jähes Ende. Das Experiment eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ unter Führung des Slowaken Alexander Dubček wurde durch die Invasion von Truppen des Warschauer Paktes beendet. Österreich spielte hier wiederum auf zweierlei Art eine wichtige Rolle: Als Fluchtmöglichkeit und als Informationsvermittler. Teams des ORF waren im ganzen Land unterwegs und berichteten über die Ereignisse, was der österreichischen Regierung scharfe Rügen seitens der sowjetischen Behörden eintrug. Tschechen und Slowaken fanden – meist vorübergehend – Unterschlupf in Österreich, um die Entwicklung der Lage in ihrem Heimatland abzuwarten. Der österreichische Generalkonsul in Bratislava organisierte Konvois für Ausländer an die Grenze bei Berg und wurde im Ostblock durch die offiziellen Medien heftig kritisiert als er meinte, er hätte sich nicht vorstellen können, dass in der Mitte des 20. Jahrhunderts noch Politik mit Panzern gemacht werden würde. Heute wissen wir, dass – wenig überraschend – auch im 21. Jahrhundert so wie in jedem Jahrhundert davor und danach noch Politik mit Waffen gemacht wurde und wird. 1968 hat im österreichisch-slowakischen – ebenso wie im österreichisch-tschechischen – Verhältnis zumindest vorübergehend eine wichtige Wende gebracht: Das Bild vom Nachbarn hatte sich auf beiden Seiten entscheidend verändert. Waren in Österreich zuvor die Erinnerung an Zerfall der Monarchie, Krieg und Vertreibung im Vordergrund, sah man die Nachbarn nun vor allem als heldenhaft gegen ihre Unterdrücker Kämpfende. Hatte man in der Tschechoslowakei nach 1945 das Bild vom „bösen Deutschen“ und den „sudetendeutschen Spionen und Revisionisten“ gepflegt, so waren die Österreicher nun Helfer in der Not.

Ebenso wie die Reformer einen Slowaken als Galionsfigur ihr Eigen nennen konnten wurde auch die „Normalisierung“ von einem Slowaken, Gustav Husák, verkörpert. Alle wesentlichen Reformen wurden widerrufen, bis auf die Föderalisierung des Staates, die der Slowakei – einer der Ausgangspunkte der Reformbewegung – eine formal größere Eigenständigkeit geben sollte. Der grenzüberschreitende Austausch ging jedenfalls wieder drastisch zurück, der Rückzug ins Private, der die „Normalisierung“ begleitete, trug das Seine dazu bei. Die Tschechoslowakei blieb nach diesem gescheiterten Reformversuch ein strikteres Regime als manch anderes im Ostblock. Nach den Jahren des Kontaktes wurde die Grenze zum Nachbarn wieder eine tote.

Als 1989 die „Samtene Revolution“ das Regime hinwegfegte wurden Reminiszenzen an 1968 wach. Die mutigen Nachbarn, die sich gegen die Repression stellten wurden erneut als solche wahrgenommen. Allerdings machten zwei Entwicklungen dieses positive Bild zumindest zum Teil wieder zunichte: Zunächst wurde die „Ostöffnung“ sehr bald als Bedrohung wahrgenommen. Befeuert durch den journalistischen Boulevard wurden Ängste vor den „Ostbanden“ befeuert, die auf Beutezug ins reiche Österreich kommen würden. Die offene Grenze wurde nicht als Chance oder Segen, sondern als Bedrohung wahrgenommen, man hatte sich offenbar schon zu sehr daran gewöhnt im „toten Winkel“ zu leben. Darüber hinaus kehrte ein altes Geschichtsbild im Verein mit neuen Ängsten wiederum über den Boulevard zurück. Eine diffuse Melange aus Zerfall der Monarchie, Beneš-Dekreten und Atomkraft stigmatisierte die tschechoslowakischen Nachbarn erneut als negativ. Die Trennung der Slowakei von Tschechien vollzog dabei nach, was in der medialen Auseinandersetzung schon zuvor bemerkbar war und was die Beobachtungen des Autors unterstreicht: Die Wahrnehmung der beiden Nachbarn durch Österreich und die Österreicher ist distinkt. Obstruktion und „Verrat“ in der Monarchie, Vertreibung und Beneš-Dekrete nach 1945 und die Bedrohung durch das Atomkraftwerk in Temelín werden „den Tschechen“ zugeschrieben. Dass auch aus der Slowakei vertrieben wurde, dass es auch ein Bohunice gibt wird viel weniger kritisch wahrgenommen. Dies ist wohl auch der grundsätzlich geringeren Präsenz der Slowaken in Medien und Bewusstsein geschuldet, aber auch zuvor erwähnten Faktoren wie der geringeren Zahl der aus der Slowakei Vertriebenen oder auch jener Erklärung des slowakischen Justizministeriums zu den Benes-Dekreten, die vermerkt, dass man mit „den Deutschen“ bis zum 2. Weltkrieg keine Probleme gehabt hätte. Für die tschechische Seite wäre eine solche Erklärung wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Die Geschichte – und zwar jene der *longue durée* – war und bleibt wirkmächtig. Im Falle des österreichisch-slowakischen Verhältnisses ist das ein Positivum.